

Heike Riesling-Schärfe

Ergebnisse der Arbeitsgruppe III: Interkulturelle Strategien und die Förderung von Toleranz im Gemeinwesen

Paul Kmen, Iasi, Rumänien

Anne Wehkamp Solingen, Deutschland

Im Landkreis und der Stadt Iasi steht die stärkere Förderung von jungen Sinti und Roma im Zentrum der Integrationsbemühungen. Es gibt einen Landkreisplan „Soziale Integration“. Etwa zehn Prozent der Bevölkerung in Iasi bestehen aus Sinti und Roma. Da diese Bevölkerungsgruppe nicht staatlich registriert ist, lässt sich der Anteil nur in etwa schätzen. Ausgangspunkt der Initiativen im Bereich Integration waren starke Gesundheitsprobleme, insbesondere Infektionskrankheiten unter jungen Sinti und Roma, niedriger Bildungsstand und eine hohe Kriminalität. Viele dieser Probleme hängen ursächlich mit der Nicht-Sesshaftigkeit der Sinti und Roma zusammen, da z.B. für eine staatliche Gesundheitsversorgung die verbindliche Registrierung bei einem Hausarzt erforderlich ist. Generell wurde vom Referenten das Problem der Anerkennung der Sinti und Roma als Bürger und damit des sozialen Zusammenhalts zwischen der ethnisch-kulturellen Minderheit und der Mehrheitsgesellschaft skizziert. Durch Öffentlichkeitskampagnen, beispielsweise Fernsehspots zum Schulbeginn versucht die Regierung, sich appellativ an die Mehrheitsgesellschaft zu wenden und ihr Interesse an der Integration der Sinti und Roma bewusst zu machen. Im Praxisteil wurde u.a. anhand von speziellen Programmen für die schulische und berufliche Eingliederung von jungen Sinti und Roma, darunter ein lokales Trainingszentrum für die berufliche und soziale Integration aber auch anhand von Programmen für alle sozial benachteiligten Gruppen, vorgestellt, wie verschiedene Akteure und gesellschaftliche Gruppen an den Integrationsbemühungen beteiligt werden, wie Kooperationen auf lokaler Ebene mit Institutionen und Fachkräften gestaltet werden, darunter lokale NROs, Selbstorganisationen der Sinti und Roma, kommunale Multiplikatoren u.a. Derzeit sind mehrere Schulprojekte in Vorbereitung, bei denen lokale Vermittler eine Schlüsselrolle bei der Integration einnehmen sollen.

Im zweiten Beispiel der Arbeitsgruppe ging es darum wie Solingen, eine deutsche Stadt mit einem Bevölkerungsanteil von ca. 20 Prozent an Menschen mit Migrationshintergrund – jedoch 38 Prozent der Unter-Dreijährigen – seit dem Jahr 2001 ein interkulturelles Gesamtkonzept für die Stadt umsetzt. Anlass dazu war ein fremdenfeindlich motivierter Brandanschlag, bei dem es Tote und Verletzte gab. Integration wird hier als kommunale Querschnittsaufgabe in allen Feldern der Verwaltung umgesetzt. Es gibt ein verbindliches Leitbild, eine institutionelle Verankerung von Netzwerkarbeit und die Steuerung der Umsetzung dieses Prozesses durch eine Umsetzungsgruppe, an der u.a. auch politische Vertreter/innen der Migranten beteiligt sind. Für die Aktionsebene gab die Referentin Beispiele aus Handlungsfeldern wie Sprache, Wohnen, Gesundheit, Beschäftigung und Schule.

Die fachlichen Linien und Diskussionsbeiträge der Arbeitsgruppe III lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Integration von Zugewanderten, Menschen mit Migrationshintergrund bzw. ethnisch-kulturellen Minderheiten ist eine wichtige kommunale Zukunftsaufgabe, die zentral ist für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft.
- Die Partizipation der beteiligten Gruppen ist dabei von großer Bedeutung (Citizenship), dazu hat es sich bewährt, Vertreter/innen von Migrantenorganisationen und Selbstorganisationen ethnischer Minderheiten in Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene einzubinden.

- Betont wurde ein ressourcenorientierter Ansatz, der Potenziale von Migranten/innen bzw. ethnischer Minderheiten erkennt und nutzt.
- Der Schlüssel zur Verbesserung des Verhältnisses der Mehrheitsbevölkerung und Migranten bzw. ethnischer Minderheit liegt auch in einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit, ferner in Angeboten der politischen Bildung für die „Alteingesessenen“ und in der Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiter/innen in interkultureller Kompetenz.
- Das Gelingen von interkulturellen Strategien und die Förderung von Toleranz im Gemeinwesen sind von vielen Faktoren abhängig, Rückschläge dabei sind aus vielen Beispielen in Europa bekannt (z.B. Integration der sog. „Traveller“ in Irland seit 1960).